

Ressort: Politik

Wirtschaft drängt Union und SPD zu rascher Regierungsbildung

Berlin, 20.01.2018, 12:55 Uhr

GDN - Im Vorfeld des SPD-Parteitags plädiert das Gros der deutschen Wirtschaftsvertreter für eine rasche Regierungsbildung. Laut einer Umfrage der Initiative "Leaders` Parliament", die von der Unternehmensberatung Roland Berger und der "Welt am Sonntag" durchgeführt wird, befürwortet dabei deutlich mehr als die Hälfte der Befragten die Bildung einer Großen Koalition.

Mehr als ein Viertel der 136 befragten Führungskräfte gab dazu an, "große Herausforderungen brauchen große Bündnisse". 36 Prozent erklärten, die GroKo sei für die Wirtschaft wichtig, "damit wir schnell eine neue Regierung bekommen". Wenn die Hängepartie zu lange dauere, könne die aus Sicht der Wirtschaft starke Marke Deutschland "gefährliche Kratzer bekommen", sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Eric Schweitzer, der "Welt am Sonntag". Deutschland werde insbesondere für hohe Verlässlichkeit und berechenbare Rahmenbedingungen geschätzt. "Da ist es nicht gut, wenn mehr als ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl offen ist, wer unser Land wann in welche Richtung steuern wird", so Schweitzer. Das glaubt auch Michael Hüther, der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). "Die robuste deutsche Wirtschaft wird durch ein Versagen der SPD nicht aus der Bahn geworfen. Mittelfristig wird die politische Unsicherheit und Handlungsunfähigkeit allerdings immer spürbarere Schleifspuren hinterlassen", sagte der Wirtschaftsexperte. Fast vier Monate nach der Wahl und noch immer ohne neue Regierung - das sei ein trauriger Rekord in Deutschland, klagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Dieter Kempf. "Unsere Unternehmen wünschen sich Planungssicherheit, unsere Partner in Europa und der Welt erwarten Handlungsfähigkeit. Deshalb bitte raus aus der Komfortzone und mehr Wirtschaft wagen", forderte er. Die Maschinen- und Anlagenbauer rechnen mit einem Votum der SPD für eine GroKo. "Wir gehen davon aus, dass die SPD letztendlich mit der Union in Koalitionsverhandlungen eintreten wird", sagte Thilo Brodtmann, Hauptgeschäftsführer des Branchenverbands VDMA. "Eine Absage an die GroKo würde unserem Land Schaden zufügen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-100911/wirtschaft-draengt-union-und-spd-zu-rascher-regierungsbildung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com